

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/127

Die einseitige Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen, Teil 3

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. April 2000 (x887/...): >>Wehrmacht: Jenseits der Polemik

Was der Historiker Walter Post über den "Vernichtungskrieg" herausfand, läßt aufhorchen

Wenn die Anti-Wehrmacht-Ausstellung vom Reemtsma-Heer etwas Gutes bewirkt hat, dann war es neben der von Monat zu Monat breiter gewordenen Ablehnungsfront die Entstehung einer Reihe wertvoller Einzelstudien und einiger Gesamtdarstellungen, mit denen überwiegend nichtbeamtete Historiker Vorwürfe der Ausstellung aufgegriffen und widerlegten. So wurde ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit auf einen Abschnitt unserer Geschichte hingewiesen, der drohte, dem allgemeinen Bewußtsein zu entschwenden.

Das fundierteste, griffigste, einleuchtendste, in sich geschlossenste Widerlegungs-Werk erschien soeben, also nach der Schließung der Ausstellung - jedenfalls in Deutschland.

Autor dieses höchst bemerkenswerten Buches ist der promovierte Historiker Walter Post (Jahrgang 1954). Er nannte sein Buch "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" ... Post hatte sich bereits mit seinem vor wenigen Jahren erschienenen Werk "Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" als profunder Kenner der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen.

Er beschränkt sich in seinem neuen Buch nicht darauf, einzelne Fehler der Ausstellung aufzudecken und zu kritisieren. Er wollte sich auch nicht damit begnügen, nur die zentralen Thesen der Ausstellung zu widerlegen. Das erledigt er sozusagen im Vorbeigehen. Walter Post hat vielmehr mit Erfolg den Versuch unternommen, dem Bild der Wehrmacht, wie Hannes Heer und seine willigen Helfer es zeichneten, ein anderes, und zwar ein vollständiges und richtiges Bild entgegenzusetzen.

Dabei vermeidet es Post, nur Meinungen oder gar Gefühle zu äußern, er läßt Dokumente sprechen, und zwar sowohl solche, die die Wehrmacht belasten, als auch solche, die sie entlasten. Jede von ihm geschilderte Tatsache wird mit Hilfe eines umfangreichen Anmerkungsapparates belegt. So ist ein außerordentlich sachliches Buch entstanden, das um so überzeugender wirkt.

Da Reemtsma und Heer behaupten, die deutsche Wehrmacht habe Verbrechen begangen, muß zunächst das Recht dargestellt werden, das angeblich durch die Wehrmacht verletzt worden sei. Das unterließen die beiden Verantwortlichen für die Ausstellung konsequent, und sie wußten, warum.

Maßgebend für die Frage, was eine schwere Rechtsverletzung war und was andererseits vom Völkerrecht gedeckt wurde, ist das damals geltende Völkerrecht. Nach den Haager Land-

kriegsordnungen und den Genfer Abkommen war es der Zivilbevölkerung grundsätzlich untersagt, an Kampfhandlungen in einem Krieg teilzunehmen. Unterstützten Zivilisten trotzdem den Kampf, dann konnten sie nach den völkerrechtlichen Regelungen als Freischärler bestraft werden. Partisanenkrieg war daher von vornherein völkerrechtswidrig. Auf frischer Tat ergriffene Partisanen konnten hingerichtet werden. Dieser Grundsatz wurde auch nach dem Kriege von den Militärgerichtshöfen der alliierten Sieger anerkannt.

Heer und Reemtsma allerdings taten in ihrer Ausstellung so, als hätten die Partisanen das Völkerrecht auf ihrer Seite und als sei es völkerrechtswidrig = verbrecherisch, Zivilisten, die sich am Kampf beteiligten, hinzurichten. Auf diese dreiste Lüge fiel die Masse der deutschen Publizisten bereitwillig herein. Post rückt die Dinge zurecht.

Aber auch Geiselnahme und Erschießung von Geiseln wurden innerhalb festgelegter Regeln (die von der deutschen Wehrmacht fast immer eingehalten wurden) durch das internationale Völkerrecht gedeckt. So wurde denn auch in den Nürnberger Prozessen die deutsche Wehrmacht weder angeklagt noch verurteilt. Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. Die amerikanischen und britischen Gerichte verurteilten nur einzelne Feldmarschälle und Generäle, die aber ausnahmslos nach einigen Jahren rehabilitiert und freigelassen wurden.

Post untersucht die Befehle der deutschen Führung für den Feldzug gegen die Sowjetunion ebenso wie die sowjetische Kriegführung. Er vergleicht die Kriegführung der Amerikaner und der übrigen Uno-Truppen im Korea-Krieg mit der Kriegführung im deutsch-sowjetischen Krieg und befaßt sich ausführlich mit den Thesen der Ausstellung "Vernichtungskrieg", indem er Punkt für Punkt die Beschuldigungen auflistet, ihre Problematik darlegt und den Behauptungen der Ausstellung die historischen Fakten gegenüberstellt.

Hier seien zwei dieser Thesen herausgegriffen, deren Materie gemeinhin in der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht bekannt ist, nämlich die Vorwürfe, die Wehrmacht habe systematisch und planmäßig insgesamt 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene umkommen lassen durch Hunger, Seuchen und Mord. Post untersucht die Realität und zieht dazu die Akten von Militärgerichtshöfen der Sieger heran, als sie mit eben diesen Vorwürfen gegen deutsche Generäle vorzugehen sich bemühten.

Tatsächlich kam Ende 1941 eine große Anzahl gefangener Rotarmisten ums Leben. Die Frage bleibt, ob das planmäßig herbeigeführt worden war oder ob andere Ursachen dem Massensterben zugrunde lagen.

In einem Befehl des damaligen Oberbefehlshabers des Heeres über das Kriegsgefangenenwesen hieß es: "Die Kriegsgefangenen sind wertvolle Arbeitskräfte. Ihre beschleunigte Nutzbarmachung im Operationsgebiet für Zwecke der Truppe ist von besonderer Wichtigkeit." Dann wird angeordnet, wie Arbeitskompanien zu bilden seien, denen man Beutefahrzeuge und Beutefeldküchen belassen solle, damit im Operationsgebiet die Gefangenen die notwendigen Arbeiten erledigen. Dazu Post: "Eine Absicht, die russischen Kriegsgefangenen vorsätzlich verhungern zu lassen, ist hier auch mit viel Phantasie nicht herauszulesen."

Im Sommer 1941 scheint die Versorgung der sowjetischen Gefangenen im wesentlichen funktioniert zu haben. Aber im Herbst 1941 begann sich die Versorgungslage der russischen Kriegsgefangenen in katastrophaler Weise zu verschlechtern. Die Ursachen: Bis Ende 1941 gerieten drei Millionen Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft, "was etwa dem Umfang des ganzen deutschen Ost-Heeres bei Beginn des Rußlandfeldzuges entsprach."

Gleichzeitig machten sich die Auswirkungen der Strategie der "verbrannten Erde" bemerkbar, die die Sowjets bei ihrem Rückzug in großem Stil angewendet hatten. In den von der Wehrmacht eroberten Gebieten war der größte Teil der Nahrungsmittel vernichtet oder nach Osten abtransportiert. Das Eisenbahnsystem war weitgehend zerstört und mußte von den Deutschen erst mühsam repariert werden. In dieser Situation brach durch das Einsetzen der herbstlichen

Schlammperiode das überlastete deutsche Transportsystem zusammen, wodurch die Wehrmacht selbst in erhebliche Versorgungsschwierigkeiten geriet.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß die sowjetischen Soldaten häufig in außerordentlich schlechter körperlicher Verfassung, unterernährt und nicht selten verwundet in deutsche Gefangenschaft gerieten. So sind viele gefangene Rotarmisten aus Hunger, vor Erschöpfung und unter den Einwirkungen der extremen Kälte des Winters ums Leben gekommen. Flecktyphus, Cholera und Ruhr wüteten unter den unüberschaubaren Massen von Gefangenen, Seuchen, gegen die auch die deutschen Ärzte und die in Gefangenschaft geratenen sowjetischen Ärzte sich nicht behaupten konnten.

Historiker Post zitiert eine Weisung des Oberkommandos des Heeres über die Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Dezember 1941. Hier wurde angeordnet, welche Mengen Brot, Fleisch, Fett usw. den Gefangenen zu verabreichen seien, welche Zulagen Schwerarbeiter bekommen sollten usw. Danach hätten die Verpflegungssätze mehr als 2.200 Kalorien pro Tag betragen müssen, wenn denn nicht die Sowjets bei ihrem Rückzug alle Vorräte vernichtet hätten und wenn nicht das Transportsystem angesichts der unermeßlichen Gefangenenzahlen und der Witterungslage zusammengebrochen wäre.

Post stellt genaue Rechnungen an und kommt zu dem Schluß, daß die von Reemtsma und Heer genannte Zahl von angeblich 3,3 Millionen in deutscher Gefangenschaft ums Leben gekommener Rotarmisten ebenso falsch ist wie vieles andere, was in der Ausstellung behauptet wurde.

Nach seiner Rechnung sind 1.784.000 Mann aus deutscher Kriegsgefangenschaft nicht zurückgekehrt. Von diesen sind noch jene abzurechnen, die sich den auf deutscher Seite kämpfenden russischen Freiwilligenverbänden anschlossen, dabei auf deutscher Seite fielen oder sich nach Kriegsende der zwangsweisen Repatriierung in die UdSSR entziehen konnten.

Ein zweiter in der Öffentlichkeit ebenfalls kaum bekannter Tatbestand ist die deutsche Wirtschaftspolitik in besetzten sowjetischen Gebieten. Als Antwort auf die in der Ausstellung behauptete "Ausplünderung" der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht, wodurch große Teile der Zivilbevölkerung dem Hungertod preisgegeben wurden, schildert Post die tatsächliche Lage.

Die zurückgehenden Sowjettruppen zerstörten planmäßig und ohne Rücksicht auf die zurückbleibende Zivilbevölkerung alles, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Das reichte von einfachem landwirtschaftlichem Gerät bis zu den Kraftwerken. So wurden in der Ukraine 95 Prozent der Kraftwerkkapazitäten durch die Rote Armee zerstört. Die Industrieproduktion lag völlig danieder. Die Förderung von Kohle, Eisenerz, Rohstahl, Elektrizität war aufgrund der sowjetischen Zerstörungen in nicht wenigen Fällen auf dem Nullpunkt. In der Landwirtschaft war die Erzeugung auf die Hälfte der Vorkriegswerte gefallen, weil auch hier die sowjetischen Zerstörungstruppen ganze Arbeit geleistet hatten.

Die deutsche Besatzungsmacht mußte zunächst durch riesige Investitionen die Wirtschaft wieder in Gang bringen. So lieferte das Deutsche Reich bis 1943 in die besetzten Teile der UdSSR 15.000 Eisenbahnwaggons mit Landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, darunter mehr als 70.000 Traktoren. Die deutsche Landwirtschaftshilfe belief sich bis Ende 1943 auf 507 Millionen Reichsmark. In den industriellen Wiederaufbau investierte das Deutsche Reich weit mehr, als es dort herausholte. Zwischen Juli 1941 und Dezember 1943 steckte Deutschland rund eine Milliarde RM allein in die Bereiche Bergbau, Energieerzeugung, gewerbliche Wirtschaft. Deutschland lieferte fast 20 Millionen Tonnen Kohle. Insgesamt betrug die deutsche Wiederaufbauhilfe für die industrielle Infrastruktur etwa 2,5 Milliarden Reichsmark, zusammen mit der Landwirtschaftshilfe sogar rund drei Milliarden RM.

Wenn behauptet wurde, dafür hätten die Deutschen dann die besetzten Gebiete ausgeplündert, dann steht dagegen die Tatsache, daß die deutsche Entnahme für den Eigenbedarf der Land-

wirtschaft beispielsweise nur 15,4 Prozent bzw. in den Jahren 1942/43 23 Prozent der Gesamternte betrug. Die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten gingen also zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der "verbrannten Erde" zurück. Mit der Industrieproduktion ging es nicht anders.

Diese beiden Teilgebiete, die von Post mit einer großen Zahl von nachprüfbaren Fakten unter Hinweis auf amtliche Dokumente unterbaut werden, mögen als Beispiele hinreichen, um zu zeigen, wie spannend die Lektüre dieses Buches ist, wie einleuchtend die Schlußfolgerung des Autors, die er in einem Zitat des englischen Verteidigers von Feldmarschall Manstein, Reginald Paget, aus dem Jahre 1951 zusammenfaßt: "Ich persönlich bin der Ansicht, daß die deutsche Armee sich durchschnittlich so gut benahm, wie es von einer Armee unter russischen Verhältnissen erwartet werden konnte, und zumindest so gut, wie jede andere Armee es getan haben würde."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. September 2000 (x887/...):
>>"**Ende der Diskussion**"

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutscher Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "The Holocaust Industry" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. So veröffentlichte Finkelstein seine Goldhagen-Kritik zunächst im linken Londoner Theorie-Organ "New Left Review". Auch sein neuestes Buch erschien in dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Londoner Verlag "Verso", dessen Veröffentlichungen traditionell linksaußen angesiedelt sind.

Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" (JCC) massiv kritisiert. ...

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.

Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2000: >>>**Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark**

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>**Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg**

... Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue ... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt ..."

Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmäherung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.

Wir haben hierfür ein hervorragendes Beispiel in unserem Nachbarland Österreich. In der Schlacht bei Dürnstein-Loiben in der Wachau am 11. November 1805 fielen etwa 4.000 Franzosen und etwa ebenso viele Soldaten der verbündeten Österreicher und Russen. In Loiben wie in Dürnstein wüteten in gleicher Weise "Freund" und Feind. Mehrere Einwohner dieser Orte wurden neben zahlreichen Soldaten grauhaft ermordet. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, das weitgehend nationalistischem Denken verhaftet war, wurde ein entscheidender Versuch zur Völkerverständigung unternommen.

Am 27. Juni 1905 wurde zwischen Loiben und Dürnstein ein weittragendes Ehrenmal für die gefallenen Österreicher, Franzosen und Russen durch die Regierungen dieser drei Länder errichtet. In einem mächtigen Steinsarkophag wurden die Gebeine der gefallenen Soldaten in friedlicher Todsgemeinschaft vereint. Dieses Ehrenmal sollte deutlich machen, daß alle Toten dieses furchtbaren Gemetzels Kinder des einen Vaters im Himmel sind. Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler

Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend (vor allem auf die historische Forschung) und moralisch diskreditierend (weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine), werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. Überdies mußte er sich bald den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit seinem Kampfbegriff der "Holocaust-Industrie" und seiner Attacke auf ein wie auch immer geartetes "jüdisch-amerikanisches Establishment" nicht nur einen weit verbreiteten Antiamerikanismus bediene, sondern mit dem Klischee einer internationalen jüdischen Verschwörung zugleich antisemitische Ressentiments schüre.

Nur wenige deutsche Kenner der NS-Geschichte sahen sich dazu in der Lage, das Buch zumindest als eine nützliche Provokation zu bezeichnen, doch auch das gelang ihnen angesichts methodischer Schwächen nur mit Mühe. Wiederholt fand sich indes der Hinweis, daß Finkelsteins Kritik an der amerikanischen Situation nicht einfach auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollte: Im Land der Täter sei schließlich die Erinnerung an die NS-Diktatur und ihre Verbrechen eine Überlebensfrage für die heutige Demokratie.

Massive Kritik erntete in den vergangenen Monaten der Münchener Piper Verlag, nachdem er erklärt hatte, er werde das Buch in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Das Werk sei doch "Wasser auf die Mühlen der Antisemiten", erklärte Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Verlag - so erklärten andere Kritiker - scheue bei seinem Vorhaben nicht den Beifall von der falschen Seite. Um diese Gefahr wisse man sehr wohl, so verlautete es aus dem Münchener Verlagshaus, doch könne es nicht sinnvoll sein, diesen Text "ausgerechnet in Deutschland nicht verfügbar" zu machen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. Juni 2001 (x887/...): >>"Nicht aufrechnen, aber erinnern!"

Hans-Peter Uhl (CSU-Politiker, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages) zur Zwangsarbeiter-Problematik

Der Weg für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nun frei. Nachdem die Sammelklagen in den USA abgewiesen wurden und die Frage der Rechtssicherheit im Bundestag - mit der Feststellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen am 30. Mai 2001 - geklärt wurde, kommt das Stiftungsgesetz in Gestalt von Auszahlungen zur Anwendung.

Zu Recht trägt die Stiftung den Titel "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", denn ohne Erinnerung und Übernahme der Verantwortung für das Geschehene kann es keine gedeihliche Zukunft geben, kein friedliches Miteinander unter Nachbarn. Wir beweisen durch sie erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:

- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.

- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.

Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!

Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden. ...

Weit über zwei Millionen Deutsche sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen.

Alles dies geschah übrigens in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Größen Todesurteile wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung ausgesprochen wurden.

Verantwortung beginnt mit der Wahrhaftigkeit, und sie endet mit ihr. Ob Christ, ob Jude oder Atheist, ob Pole, Russe oder Deutscher: Was man ihnen in den Arbeitslagern des Zweiten Weltkriegs und danach antat, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. ...

Der englische Berichterstatter Bashford schrieb bereits im Sommer 1945 an das englische Außenamt: "Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. ... In Swientochlowice (Oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In einem Bericht an den amerikanischen Senat vom 28. August 1945 heißt es: "Man hätte erwarten dürfen, daß nach der Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals wieder derartiges geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."

Der Philosoph Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 an die Londoner "Times": "In Osteuropa ... hat (man) ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."

So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.

Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute

Nachbarschaft in Europa.

In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".

Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.

Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.

Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. September 2003 (x887/...):

>>**Gut gehütetes Kainsmal**

Hans-Joachim von Leesen über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:

Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.

Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.

Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.

Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süßmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.

Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstru-

ment, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudeten-deutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" (... München 2002 ...) zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß. ...

Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.

Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.

Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabeauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.

Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekennntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. (Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.)

Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.

Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".

Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.

Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.

Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg

durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte (so wie Frankreich durch die Revolution 1789), antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.

In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekennnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich (natürlich) finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.

Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.

Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Tot-schweigen (von Sieger-Verbrechen) nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.

Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.

Welche absurden Folgen der so herangezöchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."

Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.

Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorge-

kommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzeifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtspartei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.

Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.

Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.

Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.

Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintjekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker (1925-2016) schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegtter Gegner reicht bis in die Gegenwart

Vae victis - wehe den Besiegten

Nach ihrer schweren Niederlage gegen die Gallier vor 2.390 Jahren erkaufte sich die Römer den Abzug der Fremden aus ihrer Stadt mit einem hohen Lösegeld in purem Gold. Als die Gallier beim Abwiegen des Goldes manipulierte Gewichte benutzten und die Römer dagegen protestierten, rief Brennus, der gallische Heerführer, "Vae victis!", was nichts anderes bedeutete als: ihr habt nichts zu sagen, seid froh, daß wir euch nicht umbringen.

Dieses "Vae victis!" wurde in den folgenden Jahrhunderten zum Sinnbild einer gnadenlosen und rechtlosen Behandlung besiegtter Gegner. In der Antike bestand eine weitverbreitete Gewohnheit, die Soldaten eines besiegtten Heeres zu töten oder in die Sklaverei zu führen.

Die Grausamkeit unter streitenden Parteien und Staaten nahm zu. Die Kirche war nicht imstande, dieser Entwicklung moralische oder rechtliche Barrieren entgegenzusetzen. Erst mit der Reformation durch Martin Luther und Johannes Calvin, mit der Veränderung des Weltbildes durch Kopernikus und Galilei veränderten sich auch Lebensgefühl und Lebensformen der Menschen. Hinsichtlich der antiken Rechtsansichten wurden neue Überlegungen angestellt. Einer der herausragenden Vertreter der neuen Rechtslehre war der 1583 geborene Hugo Grotius. Man nennt ihn den Vater des Völkerrechts. Er forderte die Einhaltung von Rechtsregeln

nicht nur im friedlichen Verkehr der Völker untereinander, sondern auch während und nach Austragung von kriegerischen Konflikten.

Das bisher geltende "ius ad bellum", das Recht eines Staates zur Kriegführung, wurde durch die Lehre vom "gerechten Krieg" - das "bellum iustum" - ersetzt. Ein gerechter Krieg sollte nach Hugo Grotius im Interesse des Rechtsfriedens mit einem "guten Frieden" beendet werden. Zu einem guten Frieden gehörte nicht nur ein totales Vergessen der gegenseitig zugefügten Gewalttaten, sondern auch die Gewährung gegenseitiger Amnestie. ...

Der Westfälische Friedensvertrag, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete, wurde daher mit der Klausel eingeleitet: alle Gewalttaten sollen gegeneinander aufgehoben sein und dem immerwährenden Vergessen anheimgegeben werden. Diese Klausel enthielt auch der Friedensvertrag zwischen Schweden und Preußen vom 21. Januar 1720 und endlich auch der Hubertusburger Frieden, der den Siebenjährigen Krieg 1763 beendete.

Aber auch die Lehre des "gerechten Krieges" gab man im 18. Jahrhundert auf und versachlichte die Kriegsgründe. ...

Die Versachlichung des Völkerrechts, die der Menschlichkeit diene, das Abrücken vom moralisch gerechtfertigten Krieg haben Großbritannien und die USA im Ersten Weltkrieg zum Schaden Europas aufgegeben und den Grundsatz vom "gerechten Krieg" nach 200 Jahren wiederbelebt. Außenpolitische und völkerrechtliche Fragen wurden wieder moralistisch und ideologisch behandelt. Diese moralisierende Verherrlichung des eigenen Standpunktes führte zum Fanatismus und zur Inhumanität.

Europa erlebte fanatisierende ideologische Auseinandersetzungen von einer Stärke, wie sie auf dem Kontinent in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten unbekannt geworden waren. Die Selbstvergötzung der Alliierten, die künstliche Politisierung mit Hilfe der modernen Propagandaapparate wurde zur Quelle des Unheils in Europa. Es wurde die Ursache für jene maßlose Überschätzung des Politischen, jene Aufwühlung politischer Leidenschaften, die mit der totalen Politisierung allen Lebens, dem Aufsaugen aller echten Gemeinschaftsbildung durch den Staat geendet haben. Ein Ignorant, wer diese Ursachen nicht erkennt.

Der Friedensschluß in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg machte die Aufgeblasenheit und den Unfehlbarkeitsdünkel der Alliierten zum Vertragsinhalt. Seine Wirkungen beschrieb Altbundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt: "Frankreich, England und die USA verloren jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte Folgen haben, sie kamen, und sie waren schwer".

Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch den Einfluß der Vereinigten Staaten mit der Selbstvergottung der Sieger beendet. Der gegenüber allen Deutschen erhobene Vorwurf der Kollektivschuld und des Gewußthabens von rechtlichen Verfehlungen diene nicht der Förderung des Verständnisses geschichtlicher Zusammenhänge, sondern man verfolgte das politische Ziel der persönlichen Demütigung und Erniedrigung der Deutschen, das Untergraben ihres nationalen Selbstbewußtseins. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Ziel erreicht worden.

Es ist folgerichtig, wenn wir hier die umgekehrte Frage stellen, nämlich nach der Verantwortung der Bürger der alliierten Länder an den völkerrechtswidrigen, rechtswidrigen oder nur moralisch unsittlichen Verhaltensweisen ihrer Regierungen und ihrer Armeen während und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Für die bestialischen Untaten an den europäischen Juden trägt Deutschland, unabhängig vom Wissen des einzelnen, die Verantwortung. ...

Angesichts der deutsch-preußischen Geschichte werden diese Untaten ewig unerklärlich bleiben, ein schwarzer Fleck, der sich niemals tilgen läßt, weder durch Zeitablauf noch durch Vergessen. Dieser unbegreifliche Frevel läßt sich auch nicht durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen ähnlicher Art in seiner moralischen Bewertung abschwächen oder

tilgen.

Diese Regel gilt jedoch für beide Seiten. Das heißt, in umgekehrter Weise auch für die von Amerikanern, Engländern oder Russen begangenen Verbrechen, deren Unrechtsgehalt ebenfalls weder durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen, schon gar nicht durch Berufung auf Hitler gerechtfertigt oder moralisch gemindert werden kann. Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit fordern gleiche Behandlung gleicher Tatbestände, und zwar ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Nationalität. Von deutschen Verfehlungen wird in den inländischen und ausländischen Medien im Übermaß berichtet. Daher wollen wir uns hier den Verfehlungen der anderen Seite zuwenden.

Schon bei Beginn des Krieges wurde in England unter Verstoß gegen das Völkerrecht die Bombardierung der deutschen Städte mit dem Ziel der Terrorisierung der zivilen Bevölkerung erörtert und zur Strategie der Kriegführung bestimmt.

Es widerspricht allen Forschungsergebnissen, die englischen Bombenangriffe als vom Völkerrecht sanktionierte Vergeltung für gleichartige deutsche Angriffe entschuldigen zu wollen. Uneingeschränkt gilt das auch für den deutschen Bombenangriff auf Coventry, der nur auf militärische Objekte zielte, nicht auf die Bevölkerung. Das ist heute in der Wissenschaft unstrittig. Trotzdem wird von Journalisten, Politologen und der Evangelischen Kirche in Potsdam immer wieder und wieder das Gegenteil behauptet. Ist es Nachlässigkeit oder ideologische Absicht?

Am 8. Juli 1945 bat der japanische Kaiser über den schwedischen König die USA um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Trotzdem erfolgten am 6. August und am 9. August die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben. Ungeheure Verluste und die schrecklichsten Verletzungen unter der Zivilbevölkerung waren die Folge. Es ist eine unentschuld bare Unwahrheit zu behaupten, die Atombomben haben der Kriegsverkürzung und damit der Schonung von Menschenleben gedient.

Es waren Bombentests, Versuche am Menschen. Hat von der US-amerikanischen oder britischen Bevölkerung keiner von diesen Verbrechen etwas gewußt? Wer hat sie verhindert, zumindest versucht, sie zu verhindern? Diese Frage ist natürlich nur rhetorisch gemeint, sie sollte nur die Absurdität des Schuldvorwurfs deutlich machen, der gegenüber den einzelnen Deutschen wegen der Untaten an den Juden erhoben wird.

Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert.

Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.

Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliarden-

schwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.

Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden.

Ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten.

Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt. Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.

Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen.

Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit geworden.

Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.

Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.

Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete

in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und schossen auf wehrlose Menschen.

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Vae Victis" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde. Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung.

Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. "Vae Victis".

Preußen setzte sich für die Humanisierung der Kriegführung ein Im Ersten Weltkrieg wurde der "gerechte Krieg" revitalisiert

"Wehe den Besiegten": Als die belagerten Römer sich darüber beschwerten, daß die gallischen Belagerer beim Abwiegen des römischen Lösegeldes in purem Gold mit manipulierten Gewichten arbeiteten, legte der gallische Heerführer Brennus sein Schwert zusätzlich auf die Waagschale mit den Gewichten und sagte: "Vae victis!" - Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 2004 (x887/...):

>>Von Kollektivschuld kann keine Rede sein

Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. ...

Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.

Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.

Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen

Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich. Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt. ...

Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft". Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen. Die deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschwörung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.

In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.

Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehlurteile", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.

Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenübergestanden. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte am 22. August 2004 während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."

Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?

Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich

für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.

Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...

Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.

Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.

Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**

Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattem bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.

Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollständigkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". ...

Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit.

Zugleich sollte sie auch in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft.

Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen.

In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen). Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen ange-tan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.

Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends, wie sie Hans Freyer einst als die Machbarkeit der Sachen, die Organisierbarkeit der Arbeit, die Zivilisierbarkeit des Menschen und die Vollendbarkeit der Geschichte gültig beschrieb.

Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen, Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen. ...

Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von

den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, im internationalen Bereich von der "Korrelation der Kräfte", die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussiehenden Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.

Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkennntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.

Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut". ...

Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung. Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.

Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, koste es was es wolle, bietet hier keinen verlässlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.

Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete im Jahre 2004 über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/254-256): >>... >>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektable Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.

Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.

Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die

massive Abwehr provozieren mußte.

Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.

Das Kollektivschuldintroyekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidensgewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.

Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.

Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.

Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. April 2005 über die US-Umerziehungsexperten: >>Wir waren nicht mehr wehrlos

Von Ulrich Baron

Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen

So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei. Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mir vorüber: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah:

"Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umrisse eines deutschen Panzers abhoben."

Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen. Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.

Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Ritchie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.

Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.

Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätestens dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiselerlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchert.

Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.

Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."

Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.

Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerika-

ners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht. Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.

Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten, Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".

Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berüchtigten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte. Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.

Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit einem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."

Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.

Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."

Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."

Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch - habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"

Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Bur-

ger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.

Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.

Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen erfolgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.

Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die Leinwand. "In meiner Arbeit", sagt er, "hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation."

Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bodenbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegenen See.

Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Mai 2005 (x887/...):
>>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil I von Klaus Wippermann

Wir Deutschen sind auf mancherlei Gebieten Weltmeister, auch wenn solche Vorrangstellung immer wieder verlorengehen kann. In zwei Bereichen aber sind wir Weltmeister, wo wir von anderen Staaten gar nicht eingeholt oder überholt werden möchten: auf dem Gebiet des Erinnerns und dem des Vergessens.

Das klingt zunächst außerordentliche disparat, beides - ein Übermaß des Erinnerns wie ein Übermaß des Vergessens - hängt aber durchaus miteinander zusammen, wie im folgenden zu zeigen sein wird. Und noch auf eine andere scheinbare Disparität ist hier schon hinzuweisen: Erinnern ist nicht nur positiv zu deuten und umgekehrt das Vergessen nicht nur negativ. Auch das wird konkret zu begründen sein. Wie es sich hier überhaupt im Ganzen nicht um ein akademisches Thema handelt, nicht um eine abermals gut gemeinte Bemühung der politischen Bildung.

Es geht bei unserem Thema vielmehr um nichts weniger als um zwei wahrhaft existentielle Bereiche: erstens um die Identität unserer Nation - und die betrifft sowohl ihre Geschichte wie ihre Gegenwart - und zweitens geht es um die Bewahrung oder derzeit vielmehr um die Wiederherstellung der materiellen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft.

Auch hier hängt beides - die ideelle wie die konkrete Existenzsicherung auf der Grundlage gesicherter Identität - eng miteinander zusammen, und zwar so eng und so konfliktreich, daß ein Dramatiker sich eigentlich kein größeres Thema wünschen könnte. Daß dieser Konflikt, der mittlerweile das Ausmaß einer klassischen Tragödie erreicht hat, für unsere Schriftsteller kein Thema ist, das versteht sich leider von selbst. Und für unsere Politiker ist dieser fundamentale Konflikt, in dem sich unsere Nation derzeit befindet, offenbar ebenfalls nicht vorhanden.

Die "Kunst des Erinnerns" - das ist angesichts der hier vorhandenen Selbstblockaden und aufgrund der mit dem Aussterben der Kriegsgeneration zu befürchtenden weiteren, geradezu hysterischen Fehlentwicklungen zeitgeschichtlicher Erinnerung also alles andere als ein Istzu-

stand, sondern leider im Gegenteil immer noch eine Mahnung, eine Herausforderung, diese schwierige Kunst zu erlernen.

Nur dann kommen auch die beiden Begriffe wieder zusammen, die der verstorbene Papst Johannes Paul II. seinem letzten, kürzlich erschienenen Buch als Titel gegeben hat: "Erinnerung und Identität".

Diese beiden Worte könnten in ihrer so wichtigen wechselseitigen Bedingung auch hier als eine Art Leitmotiv gelten. Denn Identität ist ohne Erinnerung nicht möglich; eine einseitige Erinnerung aber führt zu einer gestörten Identität.

Die Arbeit an einer vollständigen, komplexen Erinnerung - eben die "Kunst der Erinnerung" -, wie sie uns die deutsche Zeitgeschichte auferlegt hat, ist nur mit einer nicht in Frage gestellten Identität möglich. Gelingt dies nicht, werden Ungeheuer geboren. Es darf nicht dazu kommen, daß eine unaufhörliche "Bewältigung der Vergangenheit" letztlich eine Überwältigung der Gegenwart und sodann eine Nichtmehrbewältigung der Zukunft zur Folge hat. Dieses große Spannungsverhältnis soll also der Rahmen für die folgenden Ausführungen sein.

Der jüdische Talmud enthält einen Spruch, der auch bei uns sehr geschätzt wird: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." In der Bundesrepublik gibt es seit über einem halben Jahrhundert ein ehrliches, außerordentlich intensives Gedenken an die Holocaust-Opfer; die Zahl der Erinnerungstafeln, der Mahnmale und Gedenkstätten ist kaum noch überschaubar. Allein die beiden von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten gewichtigen Dokumentationsbände beschreiben über 8.000 solcher Erinnerungsmale. Haben wir damit "Erlösung" erreicht?

Offenbar aber trifft dieser Spruch auch in seinem Gegenteil zu: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen" - nämlich dann, wenn es um "deutsche" Opfer geht. Ganz offensichtlich gilt für sie nicht die Maxime, nach der sich bei uns sogar eine eigene Initiative benannt hat: "Gegen das Vergessen". Für deutsche Opfer lautet die politisch korrekte Forderung vielmehr: "Für das Vergessen!" Gegenteilige Versuche des Erinnerns werden sogleich als "ewiggestrig" verurteilt. "Ewiggestrig" soll also offenbar nur die Erinnerung an die "eigenen" Opfer sein, die Erinnerung an die "anderen" dagegen zukunftsweisend. Das ist eine sehr seltsame, ja gegensätzliche Zweiteilung des Opfergedenkens und für die politische Kultur unseres Landes äußerst problematisch.

Ist das in dieser Kürze zu hart, zu polemisch formuliert? Ich meine nicht, denn wenn es um die "eigenen" Opfer geht - von den Millionen gefallener und vermißter Soldaten, den Millionen Verwundeter, den Hunderttausenden Frauen, Kindern und alter Menschen, die absichtlich von den Alliierten durch den Bombenkrieg getötet wurden, bis hin zu den 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen zweieinhalb Millionen ihr Leben lassen mußten - wenn es um dieses riesige Millionenheer von Opfern geht, zudem um den Verlust von fast einem Drittel des deutschen Reichsgebietes sowie um die bis in die letzten Kriegstage hinein versuchte Auslöschung der alten deutschen Stadtekultur - dann ist hierzulande Vergessen und Schweigen geboten. Aber wäre es doch "wenigstens" nur Schweigen!

Nein, diese Abermillionen von Toten und Vertriebenen werden bei uns - von uns! - verhöhnt, verspottet, diffamiert und die wenigen Erinnerungsmale geschändet, ohne daß sich öffentlicher Protest bemerkbar machen würde! Man stelle sich hingegen die politischen Reaktionen vor, bis hin zu sofortigen strafrechtlichen Maßnahmen, wenn eine andere Opfergruppe auch nur sehr entfernt so behandelt werden würde.

Für dieses zutiefst amoralische zweierlei Maß ist unter anderem die Parole verantwortlich: "Deutsche Täter sind keine Opfer!" Diese zuerst von linksextremen "Antifa"-Gruppen benutzte Unterstellung und Ausgrenzung scheint mir nichts weniger zu sein als Volksverhetzung, die neue Form eines "linken Rassismus" - wenn nämlich große Menschengruppen nicht aufgrund von ethnischen Eigenarten, sondern wenn sie als Angehörige des eigenen Volkes infolge trau-

matischer Katastrophen und Schicksalsschläge verachtet und ausgegrenzt werden. Mir ist kein anderes Land der Welt bekannt, in dem etwas Vergleichbares möglich wäre.

Wenn es um das Gedenken an unsere in zwei Weltkriegen gefallenen Soldaten geht, so hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten auch hier einen weltweit einmaligen Sonderweg in einen moralischen Abgrund beschritten. In keinem anderen Kulturstaat wäre es auch nur denkbar, daß ein solches Gedenken verweigert, mißachtet, ja geschändet würde. Auch eine Diffamierungskampagne wie die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" - hierzulande öffentlich gefördert und gepriesen - wäre in keinem anderen Staat, der sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, möglich gewesen.

Während für die Bundeswehrführung die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs (und selbst die des Ersten Weltkriegs), das heißt die eigenen Väter und Großväter, offenbar keine Kameraden sind, setzen sich ihre früheren Gegner bei unseren Politikern - bis hin zum Bundespräsidenten - für "ihre Kameraden" ein! "Um für die Ehre des deutschen Soldaten einzutreten", die in Deutschland mißachtet werde, obwohl "sie ihr Leben für Deutschland gaben", wandte sich beispielsweise der Sprecher des Veteranenverbandes der 8. britischen Armee - die in Afrika harte Kämpfe gegen Rommel führen mußte - an deutsche Politiker: "Wie ich, haben diese Männer nur noch wenig Zeit vor sich, aber es ist genug Zeit für Deutschland, ihnen ihren Stolz zurückzugeben. In der Zeit des Krieges haben sie ihre Pflicht vorangestellt; es ist jetzt Zeit für Deutschland, seinerseits seine Pflicht für sie zu tun."

Dieser Pflicht zur objektiven Würdigung kommt öffentlich bisher nur das Ausland nach. Eine internationale Studie des israelischen Generalstabs stellte zum Beispiel fest, daß sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Armeen die deutschen Soldaten die tapfersten waren. Auch der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld konstatierte, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin" verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe. Und der französische Staatspräsident Mitterrand erklärte am 8. Mai 1995 anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes: "Die deutschen Soldaten - sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, sie liebten ihr Vaterland. Ich verneige mich vor ihnen allen und ihnen gehört meine Hochachtung und Verehrung."

Wie demgegenüber von der Bundeswehrführung sowie vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt über die Wehrmacht - die "Nazi-Wehrmacht" oder "Hitler-Wehrmacht", wie man sie neuerdings diffamiert -, wie also über die seinerzeit mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten und damit zugleich über ihre Familien und das heißt letztlich über das ganze Volk geurteilt wird, das ist eigentlich nur noch mit Hilfe pathologischer Kategorien darzustellen.

Der eigene Traditionserlaß von 1982, der immer noch gilt, wird seit langem in sein Gegenteil verkehrt. Dort heißt es nämlich: "Tradition verbindet die Generationen, sichert die Identität und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Tradition ist eine wesentliche Grundlage für menschliche Kultur." Mit dieser Formulierung wäre es immerhin möglich gewesen, wenigstens für das auf Tradition so angewiesene Militär die "Kunst des Erinnerns" zu verwirklichen. Aber, wie gesagt, das absolute Gegenteil ist leider der Fall.

Beispiel für die Zerstörung von Tradition und Identität ist die Umbenennungen von Kasernen. Jüngste Maßnahme ist die Abschaffung des Traditions- und Ehrennamens "Mölders" für das Jagdgeschwader und eine Kaserne.<<